

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1920**

224 (18.8.1920) Erstes Blatt

# Karlsruher Tagblatt

Badische Morgenzeitung

Mit der Wochenschrift „Die Pyramide“

Badische Morgenpost

Verlagspreis:  
In Karlsruhe frei ins Haus  
abgeschickt monatlich 5,50 M.  
an den Postämtern 6,10 M.  
auswärts durch Unter-  
nehmungen bezogen 6,50 M.  
monatlich am Postamt  
abgeschickt monatlich 6,80 M.  
vierteljährlich 15,90 M., durch-  
aus bezahlt. Bei Abnahme  
auf 3 Monate monatlich  
6,85 M., vierteljährlich 16,95 M.  
Verlag, Schriftleitung  
und Geschäftsstelle  
Mittelstraße 1.

Abgabe:  
Die Pögel-Veranstaltung  
oder deren Raum a) total  
1,40 M., b) auswärts 1,60 M.  
Kleinstab 6.— M., an  
erster Stelle 5,50 M.  
Abgabe nach Tarif.  
Anzeigenannahme  
bis 12 Uhr mittags.  
Kleinere Anzeigen (Spalten  
bis 4 Uhr nachmittags).  
Fernsprechanschlüsse.  
Geschäftsstelle Nr. 203.  
Verlag Nr. 297.  
Schriftleitung Nr. 20 u. 584.  
Anschluß Nr. 377.

Gesetzliche Verantwortliche für den Inhalt: Martin Polinger; für den wirtschaftlichen, badischen und lokalen Teil: Heinrich Gerhardt; für den auswärtigen Teil: Karl Jobst und Hermann Weid; für den Anzeigenteil: L. E. Weir. Schriftleitung: C. S. Müller. Druck und Verlag: C. S. Müller'sche Buchhandlung m. b. H., familiäre in Karlsruhe. Berliner Redaktion: Dr. Kurt Geinrich, Friedenau, Brackstr. 65/66. Teleph. Amt 1824. Für unvollständige Manuskripte oder Druckbogen übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Rücksendung erfolgt, wenn Porto beiliegend ist.

117. Jahrg. Nr. 224.

Mittwoch, den 18. August 1920

Erstes Blatt

## Lloyd Georges Vierklang.

5. Von unserer Berliner Redaktion wird uns berichtet:

Das Schicksal von Warschau ist heute noch ungewisser als in den letzten Tagen. Die offiziellen Berichte von russischer und polnischer Seite widersprechen sich in schroffer Weise. Die Meldungen, daß Warschau bereits genommen sei, erklären sich wohl durch die Bereitwilligkeit russischer Unterführer, die irrend welche ihnen durch Patrouillen überbrachte Gerüchte ungeprüft weiter zu geben. Aber auch der polnische Bericht über die erfolgreiche Gegenoffensive muß sehr skeptisch aufgenommen werden. Es kann sich wohl nur um ein Aufhalten des russischen Vormarsches handeln, der in den letzten Tagen in ein sehr rasches Tempo angenommen hatte und nun, da er die Vorposten der polnischen Hauptstadt erreicht hat, die durch alle verfügbaren Truppen und Materialkräfte der Polen vertheidigt wird, macht sich bei den Anstrengungen natürlich der Mangel an Artillerie und Granatmitteln bemerkbar.

Auf jeden Fall müssen wir weitere Nachrichten abwarten, ehe wir über die militärische Lage und ihre politischen Auswirkung urteilen können. In den Grenzorten des polnischen Korridors haben die Russen auch fernerhin sich fortrecht und deutschfreundlich benommen. Bei jeder Gelegenheit wird von ihnen dort vertrieben, das deutschsprachige Gebiet müsse an Deutschland zurückfallen. Es soll aber noch einmal betont werden, daß die dortigen niederen Truppenführer weder Vertraulichkeit mit der polnischen Lage noch Entschlossenheit besitzen.

Recht dürftig sind auch die Nachrichten, die aus England und Frankreich kommen, und das gilt zwar für die mit Spannung erwartete Unterhausrede Lloyd Georges, der es fertig gebracht hat, den englisch-französischen Konflikt wegen der Ernennung Wrangels überhaupt nicht zu erwähnen. Dadurch wird natürlich die Sache nicht aus der Welt geschafft. Aber offenbar will man in England und Frankreich, wo Millerand und Poincaré ebenfalls einige Ferienreden gehalten haben, vor allem Zeit gewinnen. Sehr interessant ist, daß Lloyd George, um die bürgerlichen Parteien für sich zu gewinnen, eine scharfe Abfolge an den Aktionsauslöser der englischen Arbeiter gerichtet hat, die an die Regierung eine Art Ultimatum, feinerlei Aktionen gegen Russland zu unternehmen, gestellt hatten. Lloyd George sprach von der fürstlichsten Herausforderung, die durch dieses Vorgehen der Arbeiterkraft jemals an die Demokratie gerichtet worden sei. Er werde sie aber ohne Rücksicht annehmen. Scharf ist in dem Bericht auch die Rede über die polnische Arbeiterpartei, die sich für die Arbeiterkraft der Republik zu führen, ist für die Arbeiterkraft der Republik noch nicht abgeben und Lloyd George hat im Augenblick erreicht, daß die bürgerliche Presse ebenso wie er den Konflikt mit Frankreich nicht zu schweigen. Zwischen der absichtlichen Nichterwähnung der Minister und zwischen den Reden der englischen und französischen Zeitungen ist aber in diesen schweren Sommertagen doch sehr wohl die Ruhe vor dem Sturm herauszuhören.

### Warschau gefallen?

(Eigener Drahtbericht.)

5. Königsberg, 17. Aug. Die Operationsabteilung der 12. russischen Division berichtet folgenden: Die hiesigen russischen Truppen nahmen nach einer Schlacht von 24 Stunden die Stadt Straßburg und räumten vor. Wir haben viele Gefangene gemacht. Die Polen zogen sich in Unordnung zurück. An der Front ist die Nachricht verbreitet, daß Warschau heute um 10 Uhr nach kurzem Kampfe gefallen sei.

London, 17. Aug. (Eig. Drahtbericht.) Amtliche Kreise haben noch keine Bestätigung der Meldung von Falle Warschau erhalten. Im Gegenteil besagen die letzten Telegramme der Internationalen Kommission in Polen vom 16. d. M., daß die erste polnische Widerstandslinie wiederhergestellt ist und daß eine polnische Gegenoffensive im Süden begonnen habe. Die Bolschewiken folgten sich an der Sanktfront in aller Eile zurückziehen.

### Polnische Hege gegen Deutschland.

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 17. Aug. In einem Aufruf des polnischen Verteidigungsrats an alle Völker der Welt verdrängten die Polen Deutschland des Bruches der Neutralität, indem sie behaupten, die Russen kämpften unter der Führung ehemaliger Generale Wilhelms II.

Von autöndiger Stelle wird hierzu erklärt: Es ist unwar, daß höhere deutsche Offiziere in der russischen Armee dienen und daß deutsche Generale an der Leitung der russischen Operationen gegen Polen irgendeine Beteiligung sind. Es ist klar, daß die polnische Regierung mit dieser bewußt unwahren Behauptung gegen Deutschland hegen will.

Berlin, 17. Aug. (Eig. Drahtbericht.) Nach hier vorliegenden Meldungen nehmen die Grenzverhältnisse in der flächendeckenden polnischen Bevölkerung immer größeren Umfang an. Auch Polen und Thron sind von polnischen Flüchtlingen überflutet.

Rotterdam, 17. Aug. (Eig. Drahtbericht.) Laut Meldung des „Nieuwe Rotterdammer Courant“ aus London beschloßen die Behörden in Amsterdam, trotz der feindlichen Kundgebungen ehemaliger Soldaten, die draußen im Hafen liegenden deutschen Schiffe mit Kohle für Dänemark beladen zu lassen. Ein Teil des Hafens wurde mit Stachelendraht abgeperrt, um Störungen zu verhindern.

### Schwere Kämpfe in der Krim.

(Eigener Drahtbericht.)

Konstantinopel, 17. Aug. (Reuters.) In der Krim nehmen die schweren Kämpfe ihren Fortgang. Die Bolschewiken erhalten Verstärkungen von der polnischen Front und greifen energisch an, wobei sie von massenhaft eingeleiteten Bombensplündern unterstützt werden. General Wrangel's Streitkräfte, die ebenfalls Verstärkungen erhalten, haben den Don überschritten, Konstantinowka befehligt und die Eisenbahnlinie Tiarissino — Jekaterinodar überschritten. Die Kuban-Koalitionen sind infolgedessen in Gefahr, abgeschnitten zu werden.

### Von der Front des Generals Wrangel.

London, 16. Aug. Der „Daily Express“ meldet, daß an der Krim neue bolschewistische Verstärkungen eingetroffen sind, um am 7. August gegen General Wrangel eingeleiteten Offensive teilzunehmen. In deren Verlauf ist es drei roten Divisionen gelungen, den Dnepr zu überschreiten. Zwei Kavalleriekolonnen rücken von Alexandrowski gegen Süden vor. Die Truppen Wrangels leisten hartnäckigen Widerstand. Man verheißt sich jedoch keineswegs den Ernst der Lage.

### Ein Bündnis zwischen Polen und General Wrangel.

Paris, 17. Aug. Wie verlautet, soll ein Vertreter des Generals Wrangel in Warschau eingetroffen sein, um dort mit Polen ein Schutz- und Trutzbündnis zu schließen. Sobald die südrussischen und polnischen Truppen miteinander in Fühlung getreten seien, werde eine gemeinschaftliche Offensive unternommen werden. In Warschauer politischen Kreisen hat man die Hoffnung, sowohl von Frankreich als auch von den Vereinigten Staaten unterstützt zu werden.

### Bevorstehender Staatsstreich in Polen?

Paris, 17. Aug. Nach dem „Reuvoir Herald“ hat der frühere Präsident des polnischen Nationalkomitees in Paris, Dmowski, auf eigene Faust in Polen einen Widerstand der Bevölkerung gegen den bolschewistischen Einfall organisiert. Ihm wird sogar die Absicht zugesprochen, einen Staatsstreich zu planen und zu diesem Zweck ein eigenes Heer und eine neue Regierung zu bilden. In einem Aufruf erklärt Dmowski, die Regierung Wisludski in Warschau müsse beseitigt werden. Das Heer von Polen werde den Feind aus Polen vertreiben.

Mailand, 17. Aug. Die Nachrichten von den Russisch-Polen Dmowski in Polen werden von den Warschauer Korrespondenten des „Corriere della Sera“ bestätigt. Der Plan zu diesem Umsturz sei von Dmowski auf einer Reise durch die Provinz Polen gefaßt worden. Die Bewegung verfolge ein ausgedehntes französisch-antibolschewisches Programm. Die polnische Regierung bedenklich aber noch rechtzeitig Warschau zu verlassen und sich nach Polen zu begeben, indem sie eine erste Etappe in Lodz macht.

### Der Heber Poincaré.

(Eigener Drahtbericht.)

Paris, 17. Aug. Der frühere Präsident der Republik Poincaré sagte gestern, als er den Vorsitz des Generalrates des Departements Meurthe et Moselle übernahm, Deutschland habe vor den verarmten Alliierten in Versailles zugegeben, daß es für den Krieg verantwortlich sei, und daß es den feindlichen Völkern die Militärpensionen zurückzahlen müsse, die sie zahlten, und für den materiellen Schaden, den sie erlitten hätten. Es gebe in Frankreich nicht einen einzigen Bürger, der ausfallen könnte, daß diese feierliche Verpflichtung verkannt würde. Um der Interpret des ganzen Landes sein zu können, dürfe die Regierung nichts von ihren Pflichten aufgeben, und sie müsse sich mit den Verbündeten und Unterzeichneten des Friedensvertrages von Versailles unverzüglich an gemeinsame Handelvereinbarungen, damit die unabweislichen Forderungen der bedrängten Bevölkerung erfüllt würden.

### Aufruf der internationalen Vereinigung der Transportarbeiter.

(Eigener Drahtbericht.)

Paris, 17. Aug. „Dumanitè“ veröffentlicht einen Aufruf der internationalen Vereinigung der Transportarbeiter in Amsterdam, durch den die Transportarbeiter, Seefahrer und Eisenbahner aller Länder aufgefordert werden, durch alle Mittel die Bestrebungen derer zu unterstützen, die noch einmal das Proletariat zu einer Schlichterei führen wollten.

### Frankreichs Bedingungen für die Anerkennung Russlands.

e. Paris, 17. Aug. Nach dem „Matin“ ist Frankreich bereit, Sowjetrußland unter folgenden Bedingungen anzuerkennen:

nen: Polen bleibt frei und unangefastet; die Sowjetregierung anerkennt die russischen Schulden und gibt durch Einberufung einer rechtmäßig gewählten Nationalversammlung den Beweis, daß sie wirklich die Vertreterin der russischen Nation ist.

### Das eiferige England.

(Eigener Drahtbericht.)

e. Paris, 17. Aug. Nach Informationen des „Times“ aus englisch-politischen Kreisen rechnet man mit der Möglichkeit einer baldigen Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen mit Sowjetrußland. Falls die Sowjetregierung in den Verhandlungen in Moskau die Unabhängigkeit und die Unverletzlichkeit des polnischen Staates garantiert, wird England die wirtschaftlichen Verhandlungen sofort mit Energie wieder aufnehmen und ihnen Verhandlungen zur Verbeiführung des Friedens folgen lassen. Die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen würde dann nicht länger auf sich warten lassen, so daß binnen wenigen Wochen England wieder einen diplomatischen Vertreter in Moskau haben wird.

### Lord Curzon im Oberhaus.

London, 17. Aug. Im Oberhaus beantragte Lord Curzon die Verlegung des Hauses und sagte dabei bezüglich des polnisch-russischen Krieges: Wir haben keine Streitkräfte und keine Geldmittel für einen solchen Krieg zur Verfügung. Die öffentliche Meinung in England und überall wünscht einen gerechten und dauerhaften Frieden. Diesen hat man auch der polnischen Regierung gegeben. Heute morgen ist ein Telegramm mit der Zustimmung Italiens hierzu eingegangen.

### Ein „Frieden-mit-Rußland-Tag“ der englischen Arbeiter.

(Eigener Drahtbericht.)

Amsterdam, 17. Aug. Dem „Telegraaf“ zufolge hat der Aktionsausschuß der englischen Arbeiter beschlossen, den 22. August zum „Frieden-mit-Rußland-Tag“ zu erklären und zur Abhaltung von Kundgebungen in allen Städten und Dörfern aufzufordern.

### Die englischen Arbeiter drohen mit Sperrung der Kohlenlieferungen für Frankreich.

e. Paris, 17. Aug. Die Presse betont den freundschaftlichen Charakter der englisch-französischen Beziehungen und glaubt, daß die Differenzen in zwei bis drei Tagen endgültig beigelegt sein werden. Immerhin sei zu bemerken, daß der Wunsch einer engeren Zusammenarbeit seien infolge der Äußerung des Aktionsausschusses der englischen Arbeiterpartei, der nicht nur beschlossen habe, Delegierte nach Paris zu entsenden zwecks Besprechungen mit Vertretern der C.G.T., sondern sogar mit der Einkettlung der Kohlenlieferungen an Frankreich drohe.

### Rußland und Polen.

D.A. Seitdem Rußland nicht mehr nach der Weise der Entente tanzte, ist der ehemalige Verbündete Frankreichs und Englands dort auf das Bitterste gefaßt. Neben den Verleumdungsausschreitungen der „Times“ und des „Temp“ gingen allerlei Versuche einher, die Sowjetregierung zu kitzeln. Diese hat sich aller Kollaps, Judeutums und Denkins erledigt und ist jetzt dabei, die bankrotteten Megalomanen von Warschau abzutun, die sich von der Entente letzten gegen Rußland in den Krieg hegen ließen, gegen ein Rußland, das zwar dem Namen nach die Räte-diktatur der Lenin und Trotzky darstellt, in Wirklichkeit aber das ganze Volk umfaßt.

Mit stillem Neide, aber voll Bewunderung sehen wir Deutschen dem Schauspiel an. Auch wer im Kommunismus und in dem Rätegedanken nur Utopien und eitle Hirngespinnne sieht, freut sich dieses Weltens einer irdischen Gerechtigkeit, die einem freibewussten Friedensförderer und hoffentlich auch noch seinen Hintermännern die verdiente Strafe zuteil werden läßt. Wir frohlocken im Innern, daß hier Männer mit harter Wollen, Führer eines unverbräuteten, unverwundlichen Volkes die jämmerlichen Rügenpolitiker von Downing-Street und vom Oran-Rai an der Nase herumzuführen wissen.

Sie können das nur, weil sie noch Waffen und ein Heer haben, und weil bei ihnen noch ein nationaler Geist waltet. Bei uns ist er seit dem November 1918 zum alten Eisen geworden, bei uns denunzierten Volksgenossen dem Feinde, wo ein Gemeiz verdrückt ist und wo eine Knaben-gemeinschaft ewig im freien Pleat. In alle Sympathie, mit der bei uns jeder verständige Gesinnte die wohlverdiente Züchtigung des Polen mit ansieht, mischt sich wie ein bitterer Wermutsstropfen die Erkenntnis, daß eine nationale Bevölkerung, wie sie Rußland auf den polnischen Heberfall hin durchflamme, bei uns heute unmöglich zu sein scheint.

### Reichsminister a. D. Schiffer über Rußland und England.

In der politischen Wochenschau der „Magdeburger Zeitung“ sagt Minister a. D. Schiffer: Wie hat man die englische Politik gerühmt, daß sie es verstanden habe, ihre beiden Nebenbuhler, Deutschland und Rußland, gegeneinander zu

heben, um sich wechselseitig bis zum Weißbluten zu schwächen! Und jetzt? Vielleicht kommt Herrn Lloyd George in stillen Stunden der Gedanke, ob es etwa nicht besser gewesen wäre, Deutschlands Kraft nicht so zeitlos zu zerstören und die Möglichkeit zu behalten, sie im Bedarfsfall gegen Rußland einzusetzen. Denn — anders als Deutschland — ist Rußland eben nicht abgetan, nicht erledigt, nicht ausgeschaltet, wohl aber von dem Drucke des westlichen Nachbarn befreit und dadurch in der Lage, sich nach allen anderen Seiten noch ungehemmt als früher zu betätigen. Von dieser Gunst der Lage macht es Gebrauch. England hätte es, periphrastisch es in allen Knochen und möchte deshalb mit Rußland Schlus machen, so oder so, im guten oder bösen. Aber hat es wirklich noch die Wahl zwischen diesen beiden Wegen? Nach den Erfahrungen, die es mit Denkin, Koltschal, Judentum gemacht hat, bietet der Weg der Gewalt kaum noch Ausichten; zumal jetzt, wo auch noch Deutschland und seine Neutralität ihn einengen und sperren. Dazu tritt die Haltung, die die Arbeiterkraft der ganzen Welt, und ganz besonders auch in England, einnimmt. Gewiß hat die rote Internationale bisher immer noch verlangt, wenn es darauf ankomme, und es nur zu löblichen Worten, nicht zu Taten, gebracht. Sie hat den Krieg weder verhindern, noch beendigen können, auf die Gestaltung des Friedens keinen Einfluß auszuüben vermocht und noch längt gegenüber Ungarn Pflaß gemacht. Aber die Frage der Gewaltanwendung gegen Sowjetrußland stellt offenbar ganz anders auf die Arbeiterkraft aller Länder mit Einschluß Englands ein. Der englische Premierminister mag sich der warnenden und mahnenden Worte erinnern, die einstmal seine in Rußland weilenden Kamraden, Kaufleute und Industrielle, dem scheiternden Bolschewisten Buchanan mit auf den Weg gaben. Deshalb verhandelt England unauffällig; verhandelt mit Winnow, mit Krasin, mit Kamenev; macht niemals seine Drohung wahr, endlich einmal abbrechen und ziehen widerwärtigen Unterhändlern die Pflöcke ausstellen; und wenn es schließlich, weil es gar nicht anders geht, doch dazu kommen sollte — kann man sicher sein, daß der Draht nicht für lange Zeit gerissen bleibt, daß er bald wieder angeknüpft wird.

## Die Rede Lloyd Georges.

London, 16. Aug. (Unterhaus.) In Beginn der achtzigsten Sitzung brachte Lord Curzon den Antrag ein, das Unterhaus solle sich bis zum 19. Oktober vertagen. Es werde früher zusammenberufen werden, wenn die Interessen des Landes dieses erforderten. Nur wenn die russischen Bedingungen an Polen nicht aufrichtig seien, oder die Unabhängigkeit Polens beeinträchtigt werde, würde ein früheres Zusammenberufen notwendig sein. Das Haus dürfe aber erwarten, daß die Regierung Englands sich nicht in friedensmäßige Operationen hineinziehen lassen werde, so lange sie nicht das ganze Land hinter sich wisse.

Darauf erklärte Lloyd George, der Völkerverbund sei nur wirksam, wenn völlige Einigkeit herrsche. Deshalb Rußlands und Polens seien die Alliierten nicht alle der selben Meinung. Es würde also keinen Zweck haben, wenn diese Angelegenheit anstatt vom Obersten Rat vom Völkerverbund erörtert worden wäre. Rußland habe erklärt, es würde unter keinen Umständen eine Intervention des Völkerverbundes zulassen. Er hoffe, bald dem Hause Depeschen vorlegen zu können, aus denen sich ergebe, daß die Haltung der Regierung bezüglich Polens vollständig konsequent gewesen sei.

Auf eine Anfrage erklärte Lloyd George, die Regierung habe General Wrangel vollständig klar gemacht, daß er weitere Anträge gegen die Bolschewiken auf eigene Verantwortung zu nehmen müsse. Ein Versuch der Arbeiterpartei, der Regierung und dem Parlament vorzuschieben, welche Politik sie machen sollten, müsse mit allen verfügbaren Mitteln zurückgewiesen werden.

Mit Bezug auf die von der Arbeiterkonferenz am Freitag unternommene Aktion sagte Lloyd George noch, es sei ein gefährliches Unternehmen zu erklären, daß ein Sowjet auf die britische Verfassung aufgesetzt werden müsse, und daß die Verfassung einen Aktionsauslöser einschließen solle, der nur einen Teil der Volksgemeinschaft vertreten. Das sei eine der fürchterlichsten Herausforderungen, die jemals an die Demokratie gerichtet worden sei. Jede Regierung müsse ohne Rücksicht den Handstreich aufnehmen. Niemals sei eine außerhalb der Verfassung stehende Maßnahme weniger berechtigt gewesen. Die Arbeiterpartei habe genau die Politik der Regierung erkannt. Lloyd George erklärte zum Schluß, ein in der Verfassung nicht begründetes Vorgehen sei unter allen Umständen verfehlt und gefährlich; wenn es sich aber nicht einmal um eine Frage handele, bei der das Land in Gefahr schwebte, so sei es gar nicht zu rechtfertigen. Es verfolge lediglich den Zweck, im Lande den Eindruck zu erwecken, daß es ohne dieses Vorgehen Krieg gegeben haben würde. Lloyd George berührte die englisch-französische Frage nicht. Er befaßte sich hauptsächlich mit dem durch die Beschüsse der Arbeiterkonferenz geschaffenen Zustand.

Nach weiterer Debatte vertagte sich das Haus auf den 18. Oktober.

### Der Reichsfinanzminister über den Steuerabzug.

Reichsfinanzminister Dr. Wirth hat einem Vertreter der Deutschen Allgemeinen Zeitung eine Unterredung über den Steuerabzug gewährt.

Seine erste Frage: Was halten Sie, Herr Minister, vom Steuerabzug vom Arbeitslohn? beantwortete Dr. Wirth folgendermaßen:

Bei der Kritik des Lohnabzuges wird immer wieder vergessen, in welcher außerordentlich großer Finanznot sich das Reich befindet. Es müßte doch schließlich jedem klar sein, daß wir Steuern zahlen müssen, weil sonst jede Staatswirtschaft aufhören und Staats- und Volkswirtschaft zusammenbrechen müßten. Wenn aber würde ein solcher Zusammenbruch am schärfsten treffen? Alle jene, die von ihrer Arbeit leben müssen. Darum hat gerade das arbeitende Deutschland das größte Interesse daran, daß durch Ausführung der Steuergesetzgebung unsere Finanzen wieder in Ordnung gebracht werden. Dies ist auch noch aus einem anderen Grunde wichtig: kommen unsere Finanzen nicht in Ordnung, so entwertet sich das deutsche Geld weiter und die Folgen hat dann die breite Masse des arbeitenden Volkes am meisten zu spüren. Im übrigen ist der Lohnabzug in das Einkommensteuergesetz durch die Nationalversammlung aufgenommen worden, nachdem die Reichseinkommensteuer in vielen Punkten milder gestaltet worden war als die bisher geltenden Einkommensteuergesetze. Beim Kinderprivileg und beim Größtenminimum ist man bis an die Grenze des Möglichen gegangen. Das mußte auch die Sozialdemokratie zugeben. Die hohen Einkommen sind dafür entsprechend der allgemein aufgestellten sozialen Forderung in einer Weise besteuert worden, wie es in keinem Lande in dem Maße der Fall ist. Die Einkommensteuer geht bis zu 60 Prozent bei den ganz großen Einkommen. Dazu kommt noch die Kapitalertrags- und die Körperschaftsteuer, sowie das Reichsnotopfer, wodurch die oberen Schichten außerordentlich schwer belastet werden.

Die Tatsache, daß die Steuer bei der Lohnzahlung einhalten wird, hat für den Arbeiter und Beamten ähnliche Vorteile wie die Einbehaltung der Versicherungsbeiträge. Er kommt dann nicht in die Gefahr, daß er bei der Quartalssteuerzahlung nicht die nötigen Gelder zur Verfügung hat und sich dadurch allerlei Unannehmlichkeiten aussetzt.

Wie verhalten Sie sich, Herr Minister, zu dem Vorgehen der Arbeitnehmer, die durch Androhung von Gewalt die Vornahme des Steuerabzuges verhindern wollen?

Steuerhinterziehung in diesem kritischen Augenblick ist geradezu ein Verbrechen am Reiche wie am ganzen Volke. Würde die Zentralsteuer sabotiert, so würde das ganze Steuersystem zusammenbrechen. Die Folgen kann sich jeder selbst ausmalen. Ich habe sie eben angedeutet. Es muß deshalb mit allen Mitteln dem Geheiß, das vom Parlamente unter Mitwirkung der Sozialdemokratie geschaffen wurde, Gehlung verschafft werden.

Haben auch die übrigen Steuerpflichtigen vorläufige Abschlagszahlungen auf die endgültig zu entrichtende Einkommensteuer zu zahlen?

Selbstverständlich; sie haben an vorläufiger Einkommensteuer mindestens soviel zu entrichten, wie sie im Jahre 1919 an Staats- und Gemeindecinkommensteuer zusammen zu entrichten hatten.

Ist eine weitere Änderung der gesetzlichen Vorschriften über den Steuerabzug für die nächste Zeit vorgesehen?

Die Fakten, die sich bei Durchführung der ursprünglichen Vorschriften des Einkommensteuergesetzes über den Lohnabzug ergeben haben, sind im wesentlichen durch das Gesetz zur ergänzenden Regelung des Steuerabzuges vom Arbeitslohn vom 21. Juli d. J. beseitigt. Dieses Gesetz ist mit Zustimmung aller Parteien — die Unabhängige Sozialdemokratie hat lediglich gegen die Erhöhung der Abzugsprozente für höhere Einkommen gestimmt — vom Reichstag

beschlossen worden und es dürfte richtig sein, nunmehr zunächst einmal die weiteren Erfahrungen abzuwarten, die sich bei der Durchführung dieses Gesetzes ergeben.

Haben Arbeitnehmer weniger Steuern zu entrichten, als andere Steuerpflichtige?

Das reine Arbeitseinkommen unterliegt lediglich der Einkommensteuer, während die Grundbesitzer, die Gewerbetreibenden und die Kapitalbesitzer neben der Einkommensteuer noch die Ertragssteuer und das Reichsnotopfer zu entrichten haben. Ich denke, darüber wäre sich die Öffentlichkeit doch klar, daß bei uns der Besitz außerordentlich stark vorbelastet ist. Haben denn die Arbeiter vergessen, daß aller Kriegsgewinn bis auf 172 000 Mark hegegeteuert wird? Haben sie vergessen, daß das Reichsnotopfer bis zu 65 Prozent des alten Vermögens bei den Reichsten wegnimmt? Weiß nicht ein jeder Arbeiter, daß bei den großen Einkommen die Steuer bis zu 60 Prozent hinaufgeht? Hat man vergessen, daß durch eine Kapitalertragssteuer das Einkommen aus Kapital schon stark vorbelastet wird und daß überdies auch noch die Körperschaftsteuer das Einkommen aus Aktien und sonstigen Gesellschaftanteilen sehr scharf vorbelastet? Das Dividendeninkommen wird erst durch zwei Steuern an der Quelle besteuert und unterliegt dann noch der Einkommensteuer. Wenn beispielsweise jemand 100 000 Mark Dividende zu beziehen hätte, so werden von diesem Betrag vor seiner Auszahlung zunächst bis 28 000 Mark durch die Körperschaftsteuer und die Kapitalertragssteuer abgezogen. Dann werden von den verbleibenden 72 000 Mark noch 21 505 Mark Einkommensteuer gefordert, so daß ihm von den 100 000 Mark, die er zu beziehen gehabt hätte, noch 50 495 Mark übrig bleiben. Und dabei ist das Reichsnotopfer noch nicht berücksichtigt.

Die Belastung der oberen Schichten der Bevölkerung ist bis an die Grenze des wirtschaftlich Möglichen durchgeführt. Mehr könnte man aus dem Besitz kaum herausziehen, ohne die Volkswirtschaft zu schädigen.

### Der Reichswirtschaftsrat und die Wirtschaftskrise.

Die jüngste Sitzung des Reichswirtschaftsrates liegt zwischen dem Arbeitnehmer- und Arbeitgeberbund einen Konflikt aufkommen, der seine Ursache in einem Antrag hatte, mit dem bewacht werden sollte, die Beschlußfassung von den Ausschüssen in das Plenum zu verlegen. Die Arbeiterschaft sah in einem darin zielenden Antrag Dr. Reichs die Absicht, die als notwendig erkannte Notstandsaktion zu verzögern bis zu einem Zeitpunkt, wo sie vielleicht nicht mehr aktuell wäre. Die Verhandlungen drehten sich in der Hauptsache um die Beratung des Wirtschaftsrates, was die Beschlußfassung von den Ausschüssen an Ausmaß und Durchführung einer produktiven Erwerbslosenfürsorge, dem ein von Geh. Rat Dr. Hertner erhaltener Bericht eines Unteranspruches zugrunde lag. Er befaßt sich in der Hauptsache mit der verhängnisvollen Lage, in die unsere Wirtschaft durch die Absatzkrisis geraten ist. Da man den Wirtschaftsrat nicht erörtern wollte, ohne auf die übrigen schwerwiegenden Wirtschaftsprobleme einzugehen, war der Unteranspruch in eine Generaldebatte über alle diese Fragen eingetreten und hatte dann eine Befragung von Sachverständigen wichtiger Industrien und Gewerbe herbeigeführt. Die Umfrage, die ein umfassendes Bild über die Ursache der Wirtschaftskrise gibt, läßt sich über diese ungefähr wie folgt aus:

Die schweren Gefahren, die dem deutschen Wirtschaftsleben aus der sich ausbildenden Krise drohen, werden in weiten Kreisen noch unterschätzt. Die Statistik des Arbeitsmarktes zeigt nur für einzelne Gewerbe eine größere Zunahme der Arbeitslosigkeit. Dabei wird übersehen, daß teils rechtliche, teils tatsächliche Verhältnisse Arbeitsentlassungen erleichtern und daß in hohem Maße bereits Einschränkungen der Arbeitszeit stattgefunden haben. Außerdem sind zusehends noch mehr Gewerbe mit der Ausföhrung langfristiger vor Monaten erteilter Aufträge beschäftigt. Da aber

in den letzten Wochen keine neuen Aufträge erteilt worden sind, wird in absehbarer Zeit auch die Lage dieser Gewerbe sich bedrohlich gestalten.

Deutschland ist ein Friedensvertrag aufgenommen worden, dessen Bestimmungen nicht nur jenen Verständnis für die Lebensbedingungen der deutschen Volkswirtschaft vermitteln lassen, sondern einander selbst widersprechen. Die Erfüllung der einen Bedingung macht die der anderen unmöglich. Ein noch nie dagewesener Steuerdruck ist notwendig geworden, ohne den sonstigen Bedarf zu decken. Der einzelne Betrieb, der von seiner Stillelegung bedroht erscheint, ist der Notwendigkeit, die Erhöhungen der Postgebühren und Eisenbahntarife auf dem Vorkopf. Die Stützpunkte des deutschen Außenhandels in den ehemals feindlichen Ländern sind zerstört worden. Der öffentliche Kredit Deutschlands hat eine so empfindliche Erschütterung erfahren, daß die Veranbarung der schwelgenden Schulden in konsolidierter nennenswerter Umlage noch nicht möglich geworden ist. Solange keine von Volkswirtschaftlicher Einsicht getragene Revision der Lebensbedingungen erfolgt, wird die Krise für Deutschland gemessen nach der Normalzustand bleiben. Es befindet sich bestenfalls in einem labilen Gleichgewichtszustand. Es ist klar, daß auf einen derart geschwächten, kranken Wirtschaftskörper die internationale Krise, die besteht, ganz andere Wirkungen auslösen muß als auf Länder mit politisch und wirtschaftlich gesicherten Grundlagen. Vorübergehende Profiterläubnisse einzelner Industrien, wie sie gerade durch die maßlose Inflation und den Preisstand der deutschen Valuta hervorgerufen worden sind, dürfen über den Ernst der Lage nicht hinwegtäuschen.

Doch ausnahmslos wird die Forderung der Lohn- und Stützpunkte als Ausgangspunkt der Lösung angesehen, während der Lohnersatz durch die Anerkennung des Einflusses nur in vereinzelten Fällen anerkannt worden ist. Bedenklich besteht volle Ueberstimmung darin, daß an einen Abbau der Lohnhöhe nicht eher gedacht werden darf, als auch die Kosten der notwendigen Lebenshaltung ermäßigt worden sind. Die heillosen, zum Teil auch durch Schieberum und illegitime Spekulation begründete Steigerung der Rohstoffpreise hat schließlich eine Preisgestaltung der Fertigfabrikate bewirkt, der die große Masse der Konsumenten trotz dringendsten Bedarfs nicht mehr gewachsen ist. Möchte hier und da auch die Auffassung vertreten werden, der sogenannte Käuferfreibei sei willkürlich und zum Teil durch die Schuld von Regierung und Presse herbeigeführt worden, so steht doch die erdrückende Mehrheit der Sachverständigen auf dem Standpunkte, daß es sich weit mehr um ein Nichtmehrkönnen als um ein Nichtwollen der Käufer handelt. In weiten Kreisen der Arbeiterschaft und vielleicht noch mehr in den Mittelständen hat die Einkommensherabsetzung nicht entfernt mit der Geldentwertung gleichen Schritt gehalten. Immer größer ist der Bruchteil des Einkommens geworden, der für die dringlichsten Lebensbedürfnisse verausgabt werden muß. Zudem müssen jetzt erhebliche Einkommenssteuern für Steuerabgaben bereitgestellt werden. Ebensoviele wie auf Seiten der Verbraucher kann aber auch auf Seiten der Unternehmer im allgemeinen eine wirkliche Betriebskostensenkung, eine sogenannte Unternehmererparatage, etwa im Interesse des Rohstoffabbaues oder der Aufrechterhaltung übertriebener Preise, nachgewiesen werden. Nur vereinzelt sind aus den Kreisen der Arbeitnehmer derartige Vermutungen ausgesprochen worden, für die ein ausreichendes Handlungsmaterial aber nicht zur Verfügung stand. Es handelt sich vielmehr auf beiden Seiten, auf Seiten der Käufer, wie der Unternehmer, um zwangsläufige Entstellungen.

Die Schwierigkeiten unserer Lage sind nicht allein in den hohen Preisen der Rohstoffe, sondern auch in den sehr ungeschickten Entstellungen, die vielfach wieder mit den ungeschickten Verhältnissen der deutschen Valuta in engstem Zusammenhang steht. Scharfe Preissteigerungen auf dem internationalen Rohstoffmarkt sind mit einer erheblichen Preissteigerung der deutschen Valuta zusammengefallen, Preisermäßigungen mit deren Besserung. Die Fertigfabrikate gelangen an den Markt in einem Zeitpunkt, in dem die Rohstoffpreise bereits im Niedergange begriffen sind. Die Produzenten sind teilweise nicht geneigt, teilweise außerstande, sich mit Preisen der Fertigfabrikate zu begnügen, die den heutigen Rohstoffpreisen entsprechen würden.

Der Gedanke, durch Produktionsbeschränkungen zu schließen doch noch den Verkauf der Waren zu Preisen zu erzielen, die den Einkaufspreisen entsprechen, liegt nahe. Ein Arbeiten auf Lager wird aber dieses noch durch die ohnehin bestehende Selbstkosten anforderndlich erschwert. Nicht allein, daß wegen ungenügender Belieferung mit Rohstoffen vielfach nur die Hälfte oder noch ein geringerer Bruchteil der Produktionsanlage ausgenutzt werden kann und daher die Betriebs- und Generalaufkosten auf viel zu kleine Quantitäten fertiger Waren verteilt werden müß-

ten, auch die Abgaben Kosten sind derart gestiegen, daß eine Vorratsproduktion selbst nur auf wenige Monate überschreitet. Daher die überall eintretende Erhöhung des Aktienkapitals und die überaus starke Inanspruchnahme des Bankkredits.

Ob die im Geschäftslieben herrschende Methode der Selbstkostenermittlung durchaus gerechtfertigt ist, wird von sehr kompetenten Sachverständigen bezweifelt. Die außerordentliche Steigerung der Rohstoffpreise führt, wenn die früheren Verhältnissen entsprechenden Handelszuschläge eingehalten werden, unter Umständen zu Preisforderungen, die mit den tatsächlichen Selbstkosten nicht mehr übereinstimmen.

Es darf freilich nicht außer acht gelassen werden, daß sich auch das Risiko in unserem Geschäftslieben durch die hohen Preissteigerungen auf der Warenseite und die ebenfalls sehr rasch wechselnden Beurteilungen des Binnen- und Auslandswertes unseres Papiergeldes in bisher nicht erlichem Grade vergrößert hat. Während die einheitliche Bilanzlage des Reichs leider keine Preisbegrenzungsmöglichkeiten in der Notensituation aufweist und dadurch Monat für Monat Milliarden fiktiver Kaufkraft in den Verkehr treten und den Binnenmarkt des Geldes verarschen, während die bekümmerte Wertenerdung der notwendigen Lebensmittel und die aus ihr hervorgehende Volkerhöhung in der gleichen Richtung wirken, haben Preisermäßigungen der Rohstoffe auf den internationalen Märkten, die zeitweise nicht unangenehme Entlastung unseres Außenhandels und die bessere Regelung der Devisenbeschaffung den Auslandswert der Papiermark gehoben. Es fehlt aber im Hinblick auf die allgemeine politische Lage doch vielfach das Vertrauen darauf, daß die günstig wirkenden Tendenzen gegenüber den ungeschickten auf die Dauer das Uebergehende behalten werden. So wird auch der jeder Spekulation durchsichtige Geschäftsmann zum Saft der Eren gezwungen. Es werden Aufträge übernommen zu Preisen, die bei Fertigstellung und Ablieferung der Waren vielleicht nicht einmal die Lohnausgaben decken, oder der Abnehmer soll bei entgegengelegter Entwidlung Preise zahlen, die nach Maßgabe der mittlerweile eingetretenen Senkungen der Roh- und Rohstoffpreise muerlich entstehen können. Allgemein ist die Sorge geworden bei langfristigen Aufträgen, die Preisbedingungen einzuhalten. Man greift zur Ausbisse gleichzeitige Preise oder schließt nur „freibleibend“ ab; werden aber feste Preise vereinbart, so sind Annahmungen bald auf Seiten der Abnehmer, bald auf Seiten der Lieferanten in erhebendem Maße ganz und gabe geworden.

Das ganze System der überlebten Preise ist unannehmlich geworden, eine allgemeine Disziplinlosigkeit ist die notwendige Folge. Es ist nicht so, daß etwa überall eine Preisüberhöhung stattfindet, die einer bestimmten Geldwerterminderung entspricht. In einem Falle A, B, bei den Vergütungen für geistige Arbeiten, erreichen die Preissteigerungen kaum das Doppelte der Vorkriegszeiten; im anderen Falle, bei den Sandarbeitern, kommen Erhöhungen auf das 10- und 12fache vor, während für die Materialpreise Erhöhungen auf das 20 bis 30fache eingetreten sind. Soweit es sich um Salutaritäten im ausnützlich Verkeh handelt, ist mehrfach eine Entwertung verlangt worden, welche über die bereits von der Reichsbank ausgeteilte Fähigkeit hinausgehen, die Notwendigkeit des Salutaritätsprinzips erwidern. Mit der Technik der Devisenwertminderungen, welche die Zeitgeschichte beim Terminhandel in Devisen an die Hand gibt, sei die Geschäftswelt nicht genügend vertraut. Bei den getunden Wertminderungen, welche sich vor dem Kriege fast überall eingebürgert hatten, handelte es sich in Deutschland auch nur in geringem Umfange die Notwendigkeit, die neuen Wertminderungen einzubeziehen.

Das aus den geschickten Verhältnissen nicht nur große Verluste, sondern auch Neigungswille hat ergeben, ist nicht in Abrede gestellt worden, wenn auch von Unternehmern mehr die Verluste, von Arbeitern mehr die großen Gewinne in den Vordergrund gerückt wurden. Dem Wunsch der Arbeiter, auf Grund der früheren Gewinne nunmehr angemessene Preisermäßigungen einzutreten zu lassen, die den Abschlag wieder in Gang bringen können und auf Lager zu arbeiten, wurde teils mit dem Hinweis, daß diese Gewinne schon ausgeschüttet seien, teils mit dem bereits erwähnten Schwierigkeiten entgegengetreten, mit denen unter den herrschenden Verhältnissen die Produktion auf Vorrat verknüpft ist.

Ein sehr großer Einfluß geht in den meisten Gewerben noch von den anlässlich des Krieges getroffenen Maßnahmen aus, mögen sie bereits mehr oder weniger abgebaut sein, oder, wenigstens nach dem Wachsstum des Betriebes, noch in voller Schärfe bestehen. Dazu tritt die neuerdings erfolgte Regelung der Ein- und Ausfuhrverhältnisse durch Ausfuhrabgaben und die Tarifsetzung für die Zwecke des Außenhandels geschaffenen Selbstverwaltungskörper der einzelnen Gewerbe. Die Beurteilung dieser Einflüsse ist von Unternehmern wie von Arbeitern und Verbrauchern im allgemeinen nicht richtig gewesen. Weit verbreitet scheint die Auffassung zu sein, daß diese „Spottgebühren“ von Zwangsverpflichtung

### Theater und Musik.

Die Nacht der Jenny Lind und anderes Theater in München. Eine literarische Aufführung unterbrach den sommerlichen Spielplan des „Münchner Schauspielhauses“. Rob. Precht's frühlich-ernstes Spiel „Die Nacht der Jenny Lind“ ist eine Novelle, die als Komödie geschrieben wurde, ohne mit dramatischem Leben erfüllt zu werden. Die frühlichen Szenen, in denen Göttingen und seine Studentenchaft die Anwesenheit der berühmten schwedischen Sängerin Jenny Lind feiern, werden von ernsten Dialogen durchwoben, die von der Liebe Jennas zu einem der Studenten erzählen. In der zweiten Abteilung des amtierenden Stückes wirkt diese Liebe sich in einer alttollten Nacht des Glücks höchst positiv aus, und bei vermindelter Wärme achtsicht, was andere erotische Dramatiker in den Zwischenaufakten zu verlegen pflegen... ein scheinbarer Einfall, in dem wohl mit der Grund für die Weigerung der Karlsruher Schauspieler, die diesem Werke ablehnend gegenüberstanden, zu suchen ist.

Jenny Lind, die alternde Frau, erklärt dem jungen Elisabeth, er sei die erste wahre Liebe ihres kühnlichen Lebens. Die Fundamente dieser Liebe sind für den Zuschauer nicht stüben und zwingend. Eine so läche Konfaktion wird als rein-sinnliche Wallung gelaubt, nicht aber als feilscher Vorgang zu tiefer Art. Hier ist Wahrs „Star“ und Lenquels „Tänzerin“, die die läche Hinneigung einer Künstlerin zu einem primitiv Empfindenden als episodale Raume geben, glaubhafter. Abgesehen davon könnte die Pechtsche Komödie Bühnenwirksam sein, wenn endlose Längen nicht wären. Ein wohlmeinender Regisseur hätte ein Drittel des Stückes streichen müssen. Dann wäre ein geistig und feilsch tieferes „Alt Heideberg“ entstanden, aus dem Studentenromantik und jugendliche Frische den Weg zu den Herzen der Zuschauer gefunden hätten. So aber inkonzistente Ermit von Basse das Stück etwa in der Art feilenanalytischer Schnitber-Dialoge und brachte es durch endlose Dehnungen und Längen in die Gefahrzone der Langeweile. Dem Autor liegt freuz selbstkritische Bearbeitung empfohlen, die sich nicht nur auf Kürzen beschränken, sondern auch dem Dialog augute kommen

solle. Hier stehen neben klugen Sentenzen und geistreichen Einfällen häufig sprachliche Gemeinplätze, die man von dem Dichter der „Alkestis“ nicht erwartet. Auch Wiederholungen gleicher Motive sollten ausgemerzt werden. Die Aufführung stand im Zeichen der Jenny Lind Hermine Körners. Das Publikum spendete lebhaften Beifall.

In den „Kammerspielen“ ließ Direktor Gustav Freytag, der Sommerpäpster, Goethes „Faust“ zwischen grauen Wänden spielen, ein Experiment, das von einem Werke, zu dessen früheren Teilen der „Herrschpausang“ gehört, verlagern mußte. Darstellerlich ragte allein Annemarie Seidel, der Berliner Gast, hervor. Richard Nieß.

### Kunst und Wissenschaft.

Ein deutsches Institut für Seefischerei. Die großen Erfolge der deutschen Industrie sind zu einem nicht geringen Teil darauf zurückzuführen, daß sie es verstanden hat, in engem Zusammenwirken mit der Wissenschaft deren Erfindungen und Entdeckungen zu verwerten und industriell auszunutzen; es sei in dieser Beziehung nur an unsere Farbenindustrie erinnert. Neuerdings schlägt auch unsere Fischerei diese Richtung ein. Es gab ja schon seit einer Reihe von Jahren staatliche Anstalten, die das große Gebiet der Hochseefischerei wissenschaftlich erforschen und sehr wertvolle Ergebnisse erzielt haben; aber sie litten unter dem von ihnen selbst als hinderlich empfundenen Umstand, daß sie abseits von den Zentren der Erwerbsfischerei, den großen Seefischmärkten, wohnten. Deshalb ist es nicht nur von der praktischen Fischerei, sondern gerade von der Wissenschaft sehr freudig begrüßt worden, daß auf Anregung der Stadt Westermünde und unter Mitwirkung besonders der Biologischen Anstalt Helgoland ein Institut für Seefischerei in Westermünde gegründet wurde, da die reichen Fänge des Westermünder und des benachbarten Bremerhavener Fischmarkts sowie Nordseehans zur Analyse zur Verfügung stehen, und das durch enge Fühlung mit der Erwerbsfischerei und der Fischindustrie Anregungen aus der Praxis empfängt. Zum Leiter des Instituts ist ein bekannter fischer Biologe, Dr. Lücke, bestellt worden, und außer der Unterführung aus öffent-

lichen Mitteln wird das Institut durch Beiträge von Freunden und Gönnern unterhalten, die sich in einer Gesellschaft zur Förderung des Instituts für Seefischerei (Vorsitzender Senator Dr. Senft-Gesheim) vereinigt haben. Nicht nur von der Küste, sondern auch aus dem Binnenlande sind der Gesellschaft schon zahlreiche Fördererinnen und Einzelpersonen beigetreten.

Vode über die Auslieferung des Gentner Altars. Im neuesten Heft der „Berliner Museen“, der (von der G. Groischen Verlagsbuchhandlung herausgegebenen) Berichte aus den Preussischen Kunstmuseen, veröffentlicht Geheimrat Wilhelm Vode, der demnächst aus dem Amt scheidende Generaldirektor der preussischen Staatmuseen, folgende Erklärung:

Am 2. Juli mußten die zuständigen deutschen Behörden auf Grund des Artikels 247 des Versailles Friedensvertrages die Herausgabe der 12 Tafeln des Gentner Altars der Brüder van Eyck und der 4 Flügelbilder des Löwener Altars von Dirk Bouts an die dafür aus Brüssel gelandete belgische Kommission bewerkstelligen. Der unterzeichnete Generaldirektor der Berliner Museen hatte im besonderen Auftrage des Kaisers für die besetzten Gebiete in Belgien und Nordfrankreich die Sorge für die Kunstwerke in den öffentlichen Sammlungen und Kirchen übernommen und dabei von vornherein öffentlich die Absicht ausgesprochen, sie den Besitzern durch alle Fahrnisse des Krieges nach Möglichkeit unverletzt zu erhalten und nach dem Frieden zurückzuerhalten. Die Auslieferung dieses Auftrags war für Belgien meinem Kollegen Geheimrat Dr. v. Falke und für Nordfrankreich Direktor Dr. Demmler übertragen. So konnte, dank der aufopfernden Fürsorge dieser Herren, von denen der letztere zum Dank dafür auf die Auslieferungsliste der alliierten Mächte gesetzt worden ist, der Bestand der Kunstsammlungen in Belgien unberührt erhalten werden, der der Sammlungen in Maastricht, Lille, Douai, Valenciennes usw. aus allen Beschreibungen dieser Städte durch die Engländer und Franzosen von Ort zu Ort glücklich gerettet und nach dem Waffenstillstand so gut wie intakt übergeben werden. Die alliierten Mächte haben es für angemessen gehalten, dafür der belgischen Regierung die 12 Gemälde der Flügel

des Gentner Altars der Brüder van Eyck, die gerade vor 100 Jahren durch König Friedrich Wilhelm III. von dem englischen Kaufmann Edward Solly käuflich erworben und als Grundpfeiler einer zu errichtenden öffentlichen Galerie dem Staate überwiesen wurden, als Eigentum zuzusprechen. Außerdem wurden noch die 4 Flügelbilder des Abendmahlsaltars von Bouts, welche die Pinakothek in München und die Berliner Galerie in den dreißiger Jahren aus Privatbesitz erworben hatten, dem belgischen Staat als Eigentum zugespochen, nachdem preussische Soldaten aus dem Brande der Peterkirche zu Löwen das Mittelbild mit Lebensgefahr gerettet hatten.

Technische Hochschule Karlsruhe. Privatdozent Dr. Herb. Pecherath an der Universität Freiburg wurde zum ordentlichen Professor der Volkswirtschaftslehre an der Technischen Hochschule in Karlsruhe ernannt.

Personalien. Wie wir hören ist der Geheim Oberregierungsrat und vortragende Rat im preussischen Kultusministerium (Hochschulabteilung) Dr. jur. Ernst von Hälten von der medizinischen Fakultät der Universität Halle zum Ehren doktor ernannt worden.

Der Bonner Privatdozent, Gerichtsassessor Dr. jur. Max Benschel hat an Stelle des nach Marburg gehenden Professors Werl einen Ruf als ordentlicher Professor für öffentliches Recht an der Universität Rostock erhalten. — Wie wir hören, hat Prof. Dr. Gustav Hölcher in Halle den Ruf auf den Lehrstuhl für Altes Testament an der Universität Gießen als Nachfolger G. Wunfels angenommen; er durch das Ableben des Professors W. Bouffet erledigte neuentstandene Lehrstuhl in der Giesener Theologie, das Amt wurde vom 1. Oktober 1920 ab dem a. o. Professor Lic. Rudolf Baumann in Halle a. u. am Erneuerung zum Ordinarius übertragen. — Das Ordinariat für vergleichende Sprachwissenschaft an der Breslauer Universität (an Stelle des Geh. Rats Dr. Eduard) ist Prof. Dr. Gustav Gebhart in Rostock angeboten worden. — Prof. Dr. med. Paul Trendelenburg in Rostock hat den Ruf auf einen erlangenen Ruf auf den Lehrstuhl der Pharmakologie an der Universität Halle als Nachfolger von Prof. Dr. Gros abgelehnt. — Der Straß- und Zivilprozesslehrer a. o. Professor Dr. Arthur Baumgarten in Gießen wurde zum ordentlichen Professor an der Universität Gießen ernannt. — Der a. o. Professor Dr. jur. Hans Lemmich in Frankfurt a. M. wurde in gleicher Eigenschaft nach Köln versetzt, wo er den Lehrstuhl für römisches und deutsches bürgerliches Recht (an Stelle von Prof. von Lutz) übernimmt.

### Prinz Max von Baden über Deutschlands Außenpolitik.

Ein Mitglied einer badischen Zeitung hatte mit dem Prinzen Max von Baden eine Unterredung, über deren bedeutungsvollen Inhalt es berichtet.

Wir geben hier den wesentlichen Inhalt und Anschauungen des Prinzen wieder.

Seit dem Versailler Frieden hängt das Todesurteil über Deutschland. Die Gewöhnung an diese dauernde Gefahr kumpft ab; immerhin, was sich jetzt im Osten und Westen gegen Deutschland zusammenballt, sollte unser ganzes Volk noch einmal in nationaler Spannung und Sammlung aufhorchen lassen. Es muß sich jetzt sehr bald entscheiden, ob wir als Nation weiterleben können oder nicht.

Die Spaarer Konferenz hat den Frieden von Versailles seinem Geiste und seinem Inhalte nach neu bekräftigt; es ist kein Zeichen der Einheit bei unseren westlichen Gegnern zu spüren. Die Verhandlungsmethoden waren diesmal mündlich statt schriftlich; aber das entscheidende Merkmal war geblieben: Unsere Argumente wurden mit der Drohung des Einmarsches niedergeschlagen und so eine Unterschrift unter Verprechungen erzwungen, für deren Erfüllung unsere Unterhändler sich nicht verbürgen konnten.

Die Regierung tat recht daran, zu unterzeichnen. Die Alternative war: Einmarsch heute oder Einmarsch in drei Monaten. Denn Frankreich ist zum Einmarsch entschlossen; es glaubt den Einmarsch Englands nicht mehr fürchten zu brauchen.

Bedeutungsvoller als Frankreichs Sieg in der Entwaffnungsfrage, als seine großen Erfolge in der Kohlenfrage ist die Tatsache, daß England und Italien ihre Unterschrift unter die Einmarschdrohung gesetzt haben. Damit wird ein monatelanger Widerstand aufgegeben. Frankreich kann den Zeitpunkt wählen, wann es einmarschieren will, ein Vorwand wird sich leicht finden lassen.

Dieser Einmarsch ist der Höhepunkt der französischen Politik. Nicht die Befriedigung wirtschaftlicher Interessen ist das entscheidende Motiv dabei, sondern die Franzosen sind sich bewußt, was sie uns angetan haben, und ihr schlechtes Gewissen sagt ihnen, die einzige Sicherheit ist die Verschlagung Deutschlands, und in dem Einmarsch sehen sie das beste Mittel, um dieses Ziel zu erreichen.

Die Solidität der englischen und französischen Regierung in Spaar war zu erwarten. Welt depressiver aber als die folgerichtige Haltung der feindlichen Regierungen, sind die Erfolge, die Lord George in der öffentlichen Meinung sowohl seines eigenen Landes, als auch in Deutschland errungen hat.

Der bewegliche Faktor in der internationalen Situation ist die englische öffentliche Meinung. Als der Vertrag von Versailles erzwungen wurde, war eine wirkliche moralische Erregung in liberalen und Arbeiterkreisen zu spüren. Heute ist das eingetrübt, wovor ich gewarnt habe, als es sich darum handelte, die Unterschrift unter den Friedensvertrag von Versailles zu verweigern oder zu geben. Ich schrieb am 13. Juni 1919:

Sowohl der Friede eintreten, würden zunächst bei den Siegern viele Feste gefeiert werden und dann die heimischen Probleme die gesamte Energie der Völker absorbieren. Das Interesse an Deutschland würde in England minimal sein. Die beiden des deutschen Volkstums würden in der liberalen Presse sicher Erwähnung finden unter der sentimentalen Rubrik, unter der gegen die Violettektion und für libanischen Stimmung gemacht wird. Aber die öffentliche Meinung würde nicht auf ein staatsmännisches Rettungswerk zur Neuordnung drängen. Und darauf kommt alles an.

Gewiß, die Revision des Friedensvertrages würde auch nach der Unterzeichnung kommen, aber sie würde planlos vor sich gehen. Überall würden unterdrückte Menschen ihre Ketten sprengen, Europa würde zu einem Chaos von nationalen und sozialen Aufständen werden.

England hat sich in der Tat in Friedensfreunden und Siegesfeierern gestärkt, die nicht enden wollen. Gegen Schamrod VI. und das Gartenfest beim König oder die Protestveranstaltungen gegen die erbitterten Eisenbahntagen für Vergnügungsreisen kommt die Spaarer Konferenz nicht auf. England hat sein Herz und kein Ohr für die himmelschreiende Not Europas. In dieser Geistesverfassung des Volkes hat die Revision es leicht, ihre Politik durch Fällung des europäischen Landbesandes im Parlament und in der Presse zu vertreten. Sie wird dabei unterstützt durch die Tatsache, daß noch immer von Deutschland aus keine planmäßige Aufklärung über die Wirkung des Versailler Friedens organisiert ist.

Selbst die politischen Gruppen in England, deren unterer Wille außer Zweifel steht, verhalten sich nicht über die nötigen Informationen. Im Gegenteil: der Richttendenz aus Deutschland liegt zu einem guten Teil in den Händen der Unabhängigen, denen es zu verdanken ist, daß in der Entwaffnungsfrage, vierzehn Tage vor dem Erscheinen der Russen an der deutschen Grenze, die gesamte englische Arbeiterkraft an der Seite des französischen Chauvinismus mobilisiert. Diese Unfähigkeit der deutschen Verbündeten machen die englischen Liberalen zu Parteigängern der Regierung gegen Deutschland passiv gegenüber zu stehen, ja sie beteiligen sich eifrig an der Irreführung der öffentlichen Meinung und verdrängen ihr eigenes Gewissen zu beruhigen. Die geringsten Konsequenzen werden aufgeschoben, jeder Ansatz zur Wiedereinführung europäischer Ministerien im Verkehr mit den deutschen Unterhändlern wird als Zeichen eines neuen verführerischen Geistes gefeiert. Der Führer der liberalen Opposition im Unterhaus, Mr. Lloyd George, hat die Spaarer Konferenz als einen ersten Schritt zur Revision des Versailler Vertrages zu feiern. Der zweiten großen Triumph hat Lord George in Deutschland erlebt. Mir ist es nie so

klar geworden wie in den Spaar Tagen, daß die Feinde uns nicht nur physisch, sondern auch seelisch gebrochen haben. Zwischen uns und der Revision des Versailler Friedens steht weit mehr noch als der Weltkrieg die Weltverachtung. Mir sagte neulich ein hervorragender Engländer auf die Frage, wie er denn die Stimmung gegen sein Land in Deutschland fände: er habe eigentlich gar keinen Zorn gegen England wahrgenommen; grimmig hätte er die Deutschen nur gefunden, wenn sie aufeinander zu sprechen kämen. Und das ist wahr. Die einzelnen Landestteile, Klassen und Parteien stehen sich heute mit größerer Bitterkeit gegenüber als dem Feinde; selten eine Spur von der nationalen Trauer und Spannung, die dem Ernst der Stunde gebührt. Geradezu beschämend war es, wie in den Spaar Tagen von vielen deutschen Blättern Lord Georges Kopfschütteln und Händelücken mit Befriedigung gebucht wurden, unter der Ueberschrift „Kleine Fortschritte“, wo es doch eigentlich das Natürliche wäre, daß das feindliche Ausland gepöbelt auf die erste persönliche Begegnung mit den Deutschen hinblöde, ob wir wohl je verzeihen oder vergessen könnten. So traten wir den Franzosen nach 70 gegenüber; wir haben bei ihnen keine Verzeihungsbereitschaft gefunden, und was wir Frankreich angehen haben, war doch nur ein Kinderspiel im Vergleich zu dem Schicksal, das der Feind uns bereitet hat.

Der innere Haß schwieg nicht während der Verhandlungen in Spaar und brach nachher ohne Hemmung los, als die Minister zurückkehrten. Das Schauspiel, wie die Rechte und die Linke über Simons berieten, war ungemein häßlich. Er hatte Uebermensliches geleistet und sich die Bewunderung und Achtung seiner Feinde erworben; aber die Deutschen wollten nicht bewundern. Simons war gelungen, was man bis dahin nicht für möglich hielt; er hatte allein durch die Wirkung seines Charakters dem deutschen Wort eine Gasse gebahnt, mitten durch den Wall des Mißtrauens, der sich in den sechs Jahren aufgetürmt hatte. Wenn heute Simons spricht, so hört man ihn und glaubt ihm in der Welt. Es war eine patriotische Pflicht, diesen Mann seinen Kampf in der auswärtigen Politik weiterführen zu lassen mit der denkbar größten moralischen Unterstützung im eigenen Lande. Da hielt er zwei Reden; in der ersten waren Mißverständlichkeiten vorhanden, in der zweiten machte er den taktischen Fehler, sich kommentieren zu wollen. Schon stritten die Rechte und die Linke häßlich über ihn her, gleichsam wie erleichtert, daß sie auch diese moralische Persönlichkeit auf das Mittelmaß herunterziehen konnten, das heute in Deutschland allein ertragen wird; leider haben sich auch die Mehrheitssozialdemokraten dabei beteiligt.

Man spricht heute viel von Führerschulen; man sollte auch von Schulen der Gefolgschaft sprechen. Verkleinerungssucht, Mißtrauen und Mißgunst können zu einer solchen Volksfurcht werden, daß Führerkraft verkümmert. Unsere Verlässlichkeit und Verlässlichkeit sind ein harter Ansporn für die französischen Einmarschpläne, weil sie den Anschein erwecken, als bestünde es nur eines äußeren Anstoßes, um den Versuch herbeizuführen. Die gleichen ermutigenden Anzeichen werden natürlich auch von Dänen festgehalten.

Was einen Einmarsch der Bolschewisten anbelangt, so sind die militärischen Operationen nur ein sehr geringer Teil der Weltoperation, die Sowjetrußland ins Werk setzt. Es hieße der unheimlichen Persönlichkeit Lenins nicht gerecht werden, wenn man glaubte, daß es für ihn überhaupt mehr als einen Scheinfrieden mit „kapitalistischen“ Staaten geben kann. Er glaubt mit religiösem Fanatismus an den Siegeszug seiner Nationen verkörpernden Idee: Diktatur des Proletariats oder besser Diktatur des kommunistischen Teiles des Proletariats. Er ist natürlich Psychologe genug, um zu wissen, daß die militärische Invasion gerade eine Nation sammeln könnte, die er sprengen will. Der Plan ist vielmehr: Entfesselung des Bürgerkrieges in den angrenzenden Ländern; die revolutionäre Bewegung soll ihm entgegenströmen, so daß schließlich der Vormarsch, wenn er überhaupt nötig ist, offene Türen findet, und nur eine Vereinigung von Bundesgenossen ist.

Die Aussichten für das Gelingen dieses Planes in Deutschland sind nicht schlecht. Die moralische Invasion hat bereits begonnen. Schon liegen Nachrichten aus Dnipropetrowsk vor, daß die Propaganda zu dem ruhelosen Erntearbeiterstreik Ausschlag auf Erfolg hat. Die Unabhängigen haben ihren Pazifismus vollständig vergessen und schwelgen in Siegesberichten über das Vorrücken der Sowjetarmee, dabei enthaltend, daß ihr Pazifismus in und nach dem Kriege ihnen keine heilige Sache war, sondern nur ein Mittel, um unsere nationale Kraft zu schwächen. Schon bildet sich eine national-bolschewistische Partei in Deutschland und propagiert den Plan eines deutsch-russischen Bündnisses gegen die Entente. Die Verwirklichung dieses Gedankens wäre das beste Mittel, um den Krieg gegen Rußland mit einem Schlag in England und Frankreich populär zu machen und zugleich anstelle des unerreichbaren Rußlands das bequeme Schlachtfeld Deutschland zu liefern. Die französische und die norddeutsche Presse bringt seit Monaten Falschmeldungen über das Bestehen eines solchen Bündnisses, und ein Teil unserer besten Nationalisten läßt sich wieder einmal, wie so oft im Kriege, die Geheiß ihres politischen Denkens und Handelns vom Gegner diktieren.

Der Prinz resümierte, daß bei Aufrechterhaltung des westlichen Drucks ein nachhaltiger Widerstand Deutschlands gegen die moralische Invasion des Bolschewismus nicht zu erwarten sei. Aber es gibt eine kleine Hoffnung, ihr müssen wir nachgehen; denn jeder andere Weg führt sicher zum Verderben. Das ist die unbedingte Aufrechterhaltung der Neutralität nach Osten und Westen und ein letzter Versuch, die Revision des Versailler Friedens herbeizuführen.

Unter Aufrechterhaltung der Neutralität verfolge ich nicht nur, daß wir unsere Grenzen, sondern auch die Seele unseres Volkes schützen. Der Minister Simons hat deshalb mit Recht gesagt, daß wir gegen Ideen mit Ideen kämpfen müssen. Dazu gehört zunächst, daß wir nicht aus Opportunismus verschweigen, was heute über das System von Sowjetrußland feststeht. Wir brauchen nicht zu fürchten, daß unsere sachlichen Beziehungen zu Rußland unter dieser Offenheit leiden. Lenin nimmt uns gegenüber auch kein Blatt vor den Mund; er beschimpft sogar unsere deutschen Unabhängigen, weil ihre Revolution ihm nicht blutig genug ist.

Das Wort Max Webers, auf den Sozialismus angewendet, gilt heute für den Bolschewismus, er ist „das furchtbarste System der Verknechtung von Menschen und Völkern, welches jemals erfunden worden ist.“

Das Urteil der englischen Arbeiterdelegation, die mit den günstigen Vorurteilen nach Rußland gegangen war, ist heute bekannt geworden. Ich empfehle jedem kritiklosen Bewunderer und Beschöniger des Bolschewismus die Lektüre des Berichtes von Bertrand Russell, der als Kommunist nach Rußland ging und geheißt zurückgekehrt ist. Daran geht hervor, daß nur noch von der Diktatur eines kleinen kommunistischen Klubs die Rede sein kann, nicht mehr von der Diktatur des Proletariats, daß dieser Klub seine Anhänger zusammenschalt, indem er ihnen mit dem Kommunismus unvermeidbare Bevorzugungen auf jedem Gebiete zuteil werden läßt. Die Gegner des Klubs werden durch das System des Terrors, des Hungers und der offenen und geheimen Hinrichtung teils lahmgelegt, teils ausgerottet.

Das System funktioniert, weil der vom Sozialismus übernommene Spitzel- und Polizeiparat noch intakt ist, und weil die Gewalttätigkeit sich eine militärische Macht geschaffen haben, dank der Verlockung, sich dem heimischen Elend durch Eintritt in die bevorzugte Armee zu entziehen.

Lenin hat heute noch denselben brennenden Glauben an seine Weltmission, wie zu Anfang seiner Regierung. Fürchterlich, aber nicht ohne Größe ist sein offenes Bekenntnis zum Terror. Geschmeißt mit dem trügerischen Vorbehalt, haben diese Ideen in den Augen eines unterdrückten Volkes, wie des deutschen, die Kraft einer unheimlichen Verführung.

Wir können gegenüber dieser Gefahr zweierlei Haltung einnehmen.

Wir machen es nach dem schlechten Vorbild der alten Diplomatie: wir sagen öffentlich ein paar höfliche Worte über die bolschewistische Regierung und proklamieren im übrigen, daß uns die inneren Verhältnisse Rußlands nichts angehen. Ich empfehle den anderen Weg, den Weg der besten liberalen Tradition: wie einst Campbell Bannermann der auseinandergepressten Duma zuzufügen: La Douma est morte, vive la Douma, so wollen wir heute im Gedanken an die von den Bolschewisten auseinandergejagte Konstituante dem russischen Volk zurufen: es lebe die Konstituante. Und wie damals Campbell Bannermann nicht nur sittlich schön, sondern politisch klug handelte, so habe ich die Hoffnung, daß wir mit diesem furchtlosen Bekenntnis zur Demokratie die Regierung von morgen in Rußland begrüßen würden. Ich weiß, daß ich mit dieser Politik der moralischen Intervention mich in Gegenjaß zu der in unserer Demokratie herrschenden Auffassung stelle. Aber man muß es schonungslos aussprechen: Unsere Demokratie, wie sie sich heute darstellt, hat keine Verberkraft nach innen und nach außen und, was schlimmer ist, keine Widerstandskraft.

Hier berührt ich den Kern des Problems. Wie können wir heute unser politisches Leben gegen die Diktaturansprüche von rechts und links schützen. Ich weiß nur eine Antwort: Die deutsche Demokratie muß mit einem reichlichen Tropfen liberalen Oels gesalbt werden. Wie ihre Außenpolitik von der Achtung vor dem Recht und der Freiheit der anderen Völker beherrscht sein muß, so muß ihre Lösung in der inneren Politik die Achtung vor den Menschenrechten sein. Was vor hundert Jahren die ganze Welt begeistert hat, ist nicht tot, wie die Aufheber der europäischen Zivilisation uns glauben machen wollen, sondern es ist nur noch nie Wirklichkeit geworden.

Die Vorkraft des Liberalismus ist eine Vorkraft der Liebe und der Veröhnung der Völker wie der Klassen. Hier liegt der innere Gegensatz zur Sozialdemokratie. Die Mehrheitssozialdemokratie hat eine Zeitlang geschwankt, als sie zur Macht gekommen war, ob sie den Boden des Klassenkampfes nicht endgültig verlassen sollte. Heute hat sie durch ihren Austritt aus der Koalition ihre Stellung wieder auf dieser Plattform eingenommen. Dieser Entschluß der Sozialdemokratie schwächt nicht nur die Regierung, zumal in ihrer auswärtigen Politik, sondern gerade auch die Arbeiterkraft, deren Interessenvertretung in der Regierung unentbehrlich ist. Denn die große Aufgabe der Zukunft wird sein, den sozialen und liberalen Gedanken miteinander zu vereinigen.

Die zweite Forderung des Liberalismus an die innere Politik ist die Aufrichtung des Führergedankens. Der Liberalismus kann niemals von seinem Glauben an den Wert der Persönlichkeit lassen und muß daher in starkem Gegensatz zu der Parteimachinen-Demokratie der Weimarer Epoche stehen. Diese Epoche hat viel dazu beigetragen, den Parlamentarismus und mit ihm den demokratischen Gedanken in Deutschland zu diskreditieren: Verantwortungslos zum System erhoben, keine Entscheidung ohne Rückendeckung durch Fraktionsbeschlüsse, mit einem Wort, Verteilung der Verantwortung, was gleichbedeutend ist mit dem Verpassen aller Gelegenheiten. Ich sehe heute zwei Hoffnungen für Deutschland, den Führergedanken zur Herrschaft zu bringen: einmal die Bestimmung unserer Verfassung, die wir zu einem guten Teil Max Weber verdanken, daß der Präsident durch das Volk gewählt werden und das Recht haben soll, gegen das Parlament von einem schlecht unterrichteten Volk an ein besser zu unterrichtendes Volk zu appellieren; und zweitens die Tatsache, daß bereits bei der letzten Kabinettsbildung die uneliege Gewohn-

heit durchbrochen wurde, einem Reichskanzler von Fraktionswegen seine Mitarbeiter aufzutrotzen. Diese Freiheit der Wahl muß für den Reichskanzler unbedingt sichergestellt werden, er muß die Möglichkeit haben, auch außerhalb des Parlamentes sich seine Minister zu holen. Das Parlament wird gerade dann am ehesten mit dem Volke veröhnt werden und an Würde und Sachlichkeit gewinnen, wenn es nicht die einzige Stufenleiter zur politischen Macht ist.

Das sind die Grundzüge der demokratischen Selbstbehauptung, die wir heute dem Dien gegenüber verkünden und aufrechterhalten müssen. Aber das können wir nur unter einer Bedingung: daß eine Vorkraft der Hoffnung aus dem Westen kommt. Der Leiter unserer auswärtigen Politik hat heute die Aufgabe, zu gegebener Stunde den westlichen Demokratien zu sagen: Deutschland kann nicht ein geordnetes Staatswesen bleiben, die soziale und wirtschaftliche Auflösung sind unvermeidlich, es sei denn, der Versailler Frieden wird revidiert.

Wir müssen deutlich machen, was wir darunter verstehen. Es handelt sich nicht um bloße wirtschaftliche Erleichterung; es handelt sich überhaupt nicht um den Prozeß der allmählichen Revision, an den uns wohlgesinnte Engländer zu glauben bitten. Europa brennt heute. Man kann das Köpfchen nicht vertagen. Es handelt sich um nicht mehr und nicht weniger, als um die Wiederherstellung der Vertragsgrundlage der 14 Punkte, die in Versailles gebrochen worden ist. All die künstlichen Gebilde des Versailler Friedens sind heute von dem Zusammenbruch bedroht oder sind schon zusammengebrochen. Das Schicksal Polens ist ein sprechendes Beispiel. Der polnische Staat kann nur wieder aufgerichtet werden, wenn er entsprechend den Wilsonschen Worten nur eine unbekämpfte polnische Bevölkerung umfaßt. So sollte der Osten zum Ausgangspunkt für die staatsmännische Neuordnung werden.

Ueber die Revision des Friedensvertrages sagte der Prinz, daß eine solche nicht nur von der europäischen Not gefordert werde, sondern auch vom Selbsterhaltungstrieb des englischen Volkes.

Das englische Volk selbst ist heute in großer Gefahr. An allen Ecken und Enden wird am Aufruhr herumgesehen und geplant, wie nie zuvor. Das Mißtrauen der Arbeiterkraft gegen die auswärtige Politik der englischen Regierung ist so groß, daß für auswärtige Unternehmungen das englische Schwert zu zerbrechen droht. Was war das Geheimnis der grandiosen Loyalität des ganzen britischen Volkes während des Krieges? Die englische Seele stand für Menschlichkeit, Freiheit und Gerechtigkeit, und Tausende, die früher murrien, waren stolz, unter dieser Fahne zu kämpfen. Englands Sieg würde ein Glück für die Menschheit sein, Deutschlands Sieg ein Unglück. Das war die Weltmeinung, kein Worte zweifelte daran, daß England Wort halten würde. Nun ist der Wortbruch von Versailles gekommen. Wenn heute England noch einmal zu einem Krieg für Freiheit und Menschlichkeit aufriefe, würde ein Soldaten die Antwort sein. Jetzt zeigt es sich, daß man die Herrschaft über fremde Völker nicht mit dem Schwerte allein aufrechterhalten kann, sondern ebenso nötig den guten Namen braucht. Von allen Zentren der Unzufriedenheit tönt es heute der englischen Herrschaft entgegen: Ihr werdet an uns handeln, wie Ihr an Euren Feinden gehandelt habt.

Überall verlagert die moralische Autorität; in Ägypten, Indien und vor allem in Irland. England greift zu nervösen und rohen Gewaltmaßnahmen, die sich zwangsläufig steigern müssen und immer größere Erbitterung und immer zahlreichere Ansprüche zeitigen; nichts mehr von der historischen Haltung der Festigkeit und des Vertrauens. Werden der großen Tradition des englischen Imperiums entsprechend die ungehörten Wagnisse hinzupringen und den Wagen noch rechtzeitig herumzuführen? Diese Wagnisse sind die Träger des echten christlich-orientierten Liberalismus; er allein kann Englands guten Namen in der Welt wieder aufrichten; er ist die große moralische Kraftquelle des Imperiums gewesen. Mit seinen Schlagworten hat England den Krieg gewonnen. Für diesen Liberalismus gibt es keinen Patriotismus, der das Recht fremder Völker mit Füßen treten darf. Seine erste nationale Tat wäre Revision des Versailler Friedens. W. G.

**Türen und Tore in Alt-Mannheim**  
 von Berger und Singer  
 Nr. 2 der Heimatflugblätter  
 „Vom Bodensee zum Main“  
 herausgegeben vom Landesverein Badische Heimat

24 Seiten mit 26 Abbildungen  
 Preis M. 3,00 u. 20% Buchhändler- & Fernverkauf-Gutscha.

Die verhältnismäßig junge Stadt Mannheim hat im 18. Jahrhundert bekanntlich eine lebhafte Kunstblüte erlebt. Barock, Rokoko und Biederzeit haben in ihr Denkmäler ersten Ranges hinterlassen. Der ganze Gang dieser Kunstentwicklung dokumentiert sich nun in den Türen und Toren, schöner Zeugnisse alter Meisterarbeit. Architektur, für unsere Architekten wie andere Künstler eine Fülle von Anregungen. Die meisterhaften Zeichnungen Singers finden in dem Text des berühmten Kenners Mannheimer Kunst, Beringers, ihre feinnüchternde Erläuterung.

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und vom Verleger:  
**C. J. Müllerersche Hofbuchhandlung m. b. H.**  
 Karlsruhe (Baden), Ritterstraße 1.

Wirtschafts- und Handels-Zeitung des Karlsruher Tagblattes

Börsen- und Finanzmeldungen.

Berliner Börse. w. Berlin, 17. Aug. Von Beginn an zeigte die Börse eine lustlose abwartende Haltung bei meist abgeschwächten Kursen.

Table with columns for '17. Aug. 16. Aug.' and various stock and bond prices including 'Feldmühle Papier', 'Gammeln', 'Bayerische Bank', etc.

Frankfurter Börse. w. Frankfurt, 17. Aug. Die Börse machte heute anfangs einen geschäftsunlustigen Eindruck bei nicht einheitlicher Kursentwicklung.

Table with columns for '17. Aug. 16. Aug.' and Frankfurt stock prices including 'Badische Bank', 'Deutsche Bank', 'Dresdener Bank', etc.

Industrien. Kollmar & Jordan A.G., Uhrkettenfabrik in Pforzheim. In dem Prospekt über die Zulassung von 2 1/2 Millionen Mark neuer Aktien führt die Verwaltung aus, daß die Beschäftigung noch normal sei.

zeit vollständig darnieder, aber es liegen Aufträge aus dem europäischen Ausland und aus Uebersee vor.

Auscheidung der Daimler-Motorwerke. Die Meldung von der Niederlassung der Daimlerwerke am Bodensee trifft zu. Allerdings handelt es sich dabei um die Oesterreichische Daimler-Motoren-Aktien-Gesellschaft.

Allgem. Elektrizitätsgesellschaft, Berlin (A.E.G.). In der jüngsten Aufsichtsratsitzung wurde beschlossen, der auf den 11. September einzuberufenden außerordentlichen Generalversammlung die Erhöhung des Aktienkapitals um 250 Millionen Mark 6proz. kumulativer Vorzugsaktien mit einfachem Stimmrecht vorzuschlagen.

Preisherabsetzung des Axt- und Beilverbandes. Der Axt- und Beilverband hat mit Wirkung ab 13. August seinen Aufschlag auf die Preisliste A. B. V. 2 für Inland und Export auf 125 Prozent festgesetzt.

Schiffahrt. Die im Harriman-Konzern vereinigten Reedereien haben sich zu den United American Lines zusammengeschlossen, die damit Träger des Verbandes mit der Hamburg-Amerika-Linie geworden sind.

Bühler Schweinemarkt. Zum jüngsten Schweinemarkt wurden aufgeföhren: 260 Ferkel und 6 Läufer-schweine aus den Amtsbezirken Achern, Bühl, Baden, Kehl und Rastatt.

Table titled 'Märkte' showing prices for various goods like 'Obst', 'Getreide', 'Wolle', etc.

Table titled 'Vom Devisenmarkt' showing exchange rates for various cities like 'Rotterdam-Amsterdam', 'Brüssel', 'London', 'Paris', etc.

Table titled 'Mannheimer Warenbörse' showing prices for various commodities like 'Kaffee', 'Zucker', 'Wolle', etc.

Mannheim, 17. Aug. Im allgemeinen war die Stimmung an der heutigen Börse etwas freundlicher; doch hielt sich auch heute wieder der Verkehr in ziemlich engen Grenzen.

tionen offeriert. Festere Tendenz zeigte sich für Tee, da die Angebote darin verhältnismäßig recht unbedeutend sind; die Preise hierfür sind anziehend, man verlangte für Ceylon-Tee 23-25 Mk. und für ind. Tee 22-24 Mk. für das Pfund.

In der Chemikalienabteilung machte sich teilweise ein entschiedener Tendenzumschwung bemerkbar. Die Stimmung ist für einzelne Artikel, namentlich für pharmazeutische, fester, und es zeigt sich eine entschiedene Preisbewegung nach oben.

In Textilwaren zeigte sich bessere Nachfrage. Besonders Herrenstoffe waren begehrt, doch fehlte es hier an Angeboten. Grau Decken, 140/190, wurden zu 34.00-34.20 Mk. rohe und gebleichte Baumwoll-Betttücher, je nach Qualität, zu 12-24 Mk.

Allgemeine Wirtschaftsfragen.

Die Mahlschneide- und die Mühlenkontrolle. In den letzten Tagen ging eine Notiz durch die Presse über eine in Karlsruhe abgehaltene Besprechung des Referenten der Reichsaufsichtsstelle für Baden, Dr. Sandner, mit Vertretern der Kommunalverbände.

Frühbrüchsprämien.

Auf Grund des § 1 Absatz 2 der Verordnung über Frühbrüch vom 30. Juni 1920 (R.G.B. I. S. 1938) wurde mit Genehmigung des Reichsaufsichters für Ernährung und Landwirtschaft für das ganze Land bestimmt: 1. Der Vorratenausschlag von 200 H für die Tonne Brotgetreide und Getreide für alle bis zum 28. August 1920 ein schließlich abgelieferten Früchte dieser Art.

ten durch Verminderung der Beamtenstellen, Entfremdung aller Arbeitswilligen; Erhöhung der Präfazet und andere nothwendige Maßnahmen. 5. Vermehrung der Betriebsmöglichkeiten.

Die Lage des Arbeitsmarktes.

In der Berichtwoche vom 6. bis 12. August hat sich die Arbeitsmarktlage in Baden nicht gebessert. Die Zahl der Erwerbslosen ist zwar um rund 200 gefallen, es kann aber von einer bereits eingetretenen Besserung der seit einigen Wochen anhaltenden schlechten Marktlage keine Rede sein.

Die Wiedereröffnung von Betrieben konnte vorgenommen werden; bei den Badischen Anilin- und Sodafabriken in Neudorf durch Steigerung der Gipsförderung; zur Einstellung gelangten 50 Arbeiter. Die Bahjari Zigarettenfabrik in Baden-Baden war durch inzwischen erhaltene größere Aufträge in der Lage, 24 Frauen neu einzustellen.

Vom Wetter.

Table with columns for 'Ort', 'Wetter', 'Wind', 'Temperatur', etc., listing weather conditions for various locations like Hamburg, Berlin, Frankfurt, etc.

Table titled 'Frühbrüchsprämien' showing details of grain subsidies for different regions and quantities.

Allgemeine Witterungsübersicht.

Unter dem Einfluss hohen Druckes dauert das Wetter und trübe Wetter in ganz Deutschland an. In Nordwesteuropa hat sich ein großes Hochdruckgebiet gebildet, das einen allmählichen Witterungsanstieg mit sich bringt.